

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 121 (1995)
Heft: 47

Artikel: Die grosse Umverteilung von unten nach oben
Autor: Raschle, Iwan Otto / Möhr, Ossi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-612218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reformen: Jetzt schreiten die Politiker endlich zu konkreten Taten.
Tiefgreifende Veränderungen sind angesagt!

Die grosse Umverteilung von unten nach oben

VON IWAN OTTO RASCHLE (TEXT)
UND OSSI MÖHR (ILLUSTRATIONEN)

Sind wir nicht alle mittelständisch und froh, die meisten jedenfalls, und liefern wir nicht alle enorm viel ab an direkten, indirekten, Bundes-, Mehrwert- und anderen Steuern, auf dass der Staat sich selber verwirkliche mit Bundespolizei, Militär und Autobahnen, mit Atomkraftwerken, dicken Chefbeamten und kokainsüchtigen Diplomaten, bezahlen wir nicht teuer dafür, Eidgenossen zu sein, fern von Europa noch dazu und ohne jegliche Privilegien, und

wenn wir das tatsächlich tun, warum lassen wir es nicht bleiben, stehen auf die Hinterbeine und sagen: Alle mal herhören, hier spricht der Mittelstand, wir spielen in diesem Theater ab sofort nicht mehr die Hauptrolle, wir machen nicht mehr mit und überhaupt, treibt Euer Geld doch bei den andern ein!

Sind wir nicht alle reich und glücklich, wir wenigen und doch oberen Zehntausend, und liefern wir nicht alle enorm viel ab an direkten, indirekten, Bundes-, Mehrwert- und anderen Steuern, auf dass die Armen und Mittelständischen sich mit bereichern

am prosperierenden Staat, auf dass sie den Schutz geniessen von Bundespolizei und Militär, auf dass sie unsere Autobahnen mit benützen dürfen trotz schäbigem Fahrwerk ihrer Mittelklassewagen und den Atomstrom abzapfen, obgleich sie dagegen sind, dass sie Dienstleistungen der hohen Beamten beanspruchen können, obwohl sie so wenig bezahlen an Steuern, bezahlen wir denn nicht teuer, ohne die unseren Stand entsprechenden Privilegien zu geniessen, und wenn wir das tatsächlich tun, warum lassen wir es nicht bleiben, stehen auf die Hinterbeine und sagen: Alle mal herhören, hier spricht die Oberklasse, wir

spielen in diesem Theater ab sofort nicht mehr die Hauptrolle, wir machen nicht mehr mit und überhaupt, treibt Euer Geld doch bei den andern ein!

Sind wir nicht alle arm und leidend, ein armes und gebeuteltes Volk, und liefern wir nicht alle enorm viel ab an direkten, indirekten, Bundes-, Mehrwert- und anderen Steuern, bezahlen wir nicht teures Geld, das wir nicht haben, bezahlen wir nicht zuviel für die andern, die einen Luxusstaat wollen, weil sie keine Grundbedürfnisse mehr zu befriedigen haben, und die uns deshalb ans Fürsorgegeld wollen, bezahlen wir nicht zu viel gemessen an dem, was wir zum Überleben bekommen, und wenn

wir das tatsächlich tun, warum lassen wir es nicht bleiben, stehen auf die Hinterbeine und sagen: Alle mal herhören, hier spricht das Volk, wir spielen in diesem Theater ab sofort nicht mehr die Hauptrolle, wir machen nicht mehr mit und überhaupt, treibt Euer Geld doch bei den andern ein!

Alle bezahlen Steuern, alle bezahlen zuviel, der Staat aber erhält zu wenig, und darum soll nun endlich etwas geschehen, finden die frischgewählten Politikerinnen und Politiker in Bern. Die grosse Umverteilung steht an, und zwar ist es eine Umlagerung von unten nach oben, wer hätte sich etwas anderes vorgestellt, eine Umlagerung von arm zu reich. Wie das Wasser fliesst, von der kleinsten Quelle ins Meer, genauso solle es auch mit dem Geld geschehen, sagen sich die Fiskalstrategen: Wer hat, soll weniger geben müssen, und umgekehrt, das ist nicht unbedingt gerecht, aber üblich und systembedingt. Die Reichen und die Halbreichen, den Mittelstand, solle der Staat künftig entlasten, die Armen aber stärker zur Kasse bitten, das will die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), und so wollen es auch die dem Mittelstand sich verschrieben habenden Parteien, das sind – mit Ausnahme der eigentlichen Mittelstandspartei SP – alle, dieser Meinung aber ist

selbst das gemeine Volk. So, wie es Mittelstandswagen aus dem Hause Emil Frey (SVP) fährt, mit Unterstützung von Halsabschneiderkrediten der schmutzigen Töchter (Prokredit, Aufina & Co) unserer Hochglanzbanken (SVB, SBG & Co), so gibt es sich auch sonst gerne gross: Beileibe nicht mittelständisch oder gar (neu-) reich, will es doch nicht armengehörig sein, sondern dazugehören, und also wählt es Mittelstand und Mittelmass und Oberschicht. Und wird nun die Zeche zu bezahlen haben, jetzt, da der Otti Stuch nicht mehr zum Rechten schaut in Bern oben, da die Freisinnigen am Ruder sitzen mit dem Ziel, Gurkensalat zu machen aus dem Sozialstaat – und sich sattzufressen daran, was die Armen sich vom Munde absparen, um überhaupt noch mithalten zu können in dieser leistungszentrierten Gesellschaft mit möglichst dreistelliger Zuwachsrate.

Aber was heisst denn schon «vom Mund absparen», und was ist Armut angesichts des brüllenden Hungers in der dritten Welt, in Rumänien oder Bosnien, was sind schon unsere Sörgelchen vor dem Hintergrund weltweiter Not? Relativ. Relative Armut, bislang ein von den Linken ins Feld geführter Begriff, findet sich plötzlich auch im Argumentarium der mächtigen und mittelständischen bis reichen Sozialforscher, die behaupten: «In die-

sem Land sind nicht mal die Ärmsten arm, und des Hungers ist in der Schweiz noch niemand gestorben.» Die Armut sei relativ, sagen sie, und noch mehr sei es der Reichtum, denn reich zu sein, dazu bedürfe es nicht nur einer Menge Geld, sondern auch «einer gehörigen Portion Kraft und Durchhaltevermögen», das Reichsein nämlich sei anstrengend und mit hohen Kosten verbunden, mit saftigen Steuern nicht zuletzt, «mit jährlich viel höheren, als ein Armer sie in seinem ganzen Leben je wird bezahlen müssen».

«Es geht nicht an», sagen die Mittelständischen und Reichen, «dass sich die Armen auf unsere Kosten wundliegen.» Das Randständigsein sei hierzulande «viel zu komfortabel», wer abseits stehe, werde nicht wirklich ermuntert, den Aufbruch in ein neues Leben zu wagen, der Sozialstaat unterstütze «das Volk in seiner Schwermütigkeit», und genau daran kranke letztlich das ganze Land. Ob Arbeitsmoral, Kulturschaffen oder politisches Klima, überall sei das Schwarze, Negative vorherrschend, sei die Rede von Krise, Vertrauensschwund und Orientierungslosigkeit, und das allein deshalb, sind die Politiker überzeugt, «weil es den Menschen im Land zu gut geht, den Arbeitern vor allem, aber auch den Arbeitslosen, Allein-erziehenden, den Rentnern und den Ausländern.»

Sollen deshalb die Steuern erhöht werden, jene der ärmsten Schichten vor allem, und ist der gutfunktionierende Sozialstaat deshalb abzuschaffen? «Ja», sagen die bürgerlichen Reformer, «unbedingt». Nur mittels Steuern, glauben sie, lasse sich das Volk «eng an den Staat binden», das zeige letztlich das geringe Interesse der Bürgerschaft an Wahlen und Abstimmungen, und «allein durch die Abschaffung des sozialen Netzes» werde das Volk wieder auf eigenen Füssen zu stehen, vor allem aber zu gehen lernen. «Was wir in dieser Zeit brauchen», gibt ein führender Funktionär der Arbeitgebervereinigung zu Protokoll, «das sind innovative und mutige Menschen, die ihr Schicksal wieder selber an die Hand nehmen wollen – oder aber sich ehrfürchtig diesem fügen, ohne bei Vater Staat um Opferhilfe nachzusuchen.» Dieses Ziel visiere die vereinigte Bürgerlichenbewegung zur Abschaffung einer sozialen Schweiz letztlich an, räumen die Politstrategen ein: «Nur wenn es der grossen Mehrheit schlechter geht als heute, wird es möglich sein, das System wieder hochzukurbeln, und nur wenn die Masse zu rechtgestutzt wird, kann letztlich auch die Umwelt geschützt werden.»

